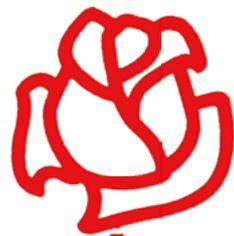


# Monatsspiegel



November 2012



Adressaufkleber

# SPD

## Erlangen

## Für eine Politik, die Wort hält!

Im Oktober hat die SPD ihre Personalentscheidungen für die Landtags- und Bezirkstagswahl 2013 (voraussichtlich am 15. September) getroffen: In Erlangen mit der Nominierung von Gisela Niclas als Bezirkstagskandidatin und mir als Landtagskandidat (Bericht Seite 5). Und wenige Tage später für Bayern mit der Nominierung von Christian Ude als Spitzenkandidat, mit 99,7 Prozent.

Auf dem Parteitag wurde deutlich, mit welchem Schwung die bayerische SPD in die Landtagswahl geht. Und am gleichen Tag hat die CSU deutlich gemacht, dass sie den Wahlkampf schmutzig führen wird: Der Versuch, die Berichterstattung über den SPD-Parteitag zu verhindern, blieb zwar erfolglos. Er macht aber deutlich, dass der CSU aus Angst vor dem Machtverlust jedes Mittel recht ist.

Auch deshalb liegt ein harter Wahlkampf vor uns, in den wir aber zuversichtlich gehen können: Wir haben einen überzeugenden Spitzenkandidaten; wir setzen klare politische Botschaften; und wir finden damit breite Unterstützung in der Gesellschaft, von Künstlerinnen und Künstlern und in der Wissenschaft.

In seiner Bewerbungsrede hat Christian Ude nochmal unterstrichen, wie er diesen Landtagswahlkampf führen will: Er wird nicht durch das Land ziehen und jedem alles versprechen, wie das Horst Seehofer tut – hier eine Konzertsaal, da ein Krankenhaus und gleichzeitig allen ein schuldenfreies Bayern. Christian Ude setzt dagegen auf eine ehrliche Linie: „Wir versprechen nur das, was wir auch halten können! Wir stehen für eine Politik, die Wort hält.“

Deutlich geworden ist: Eine SPD-geführte Staatsregierung wird in Bayern nicht alles anders machen. Aber wir werden uns endlich der vielen Probleme annehmen, die es eben auch gibt:

- Den Murks beim G8, das sozial selektive Bildungssystem, in dem der Schulerfolg vom Geldbeutel der Eltern abhängt;
- Die Energiewende, die auch in Bayern bewusst gegen die Wand gefahren wird;
- Armut und Ausgrenzung von Menschen, die nicht am wirtschaftlichen Erfolg Bayerns teilhaben können;
- Die prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit und Werkverträ-

■ **Von Philipp Dees**  
Landtagskandidat



ge, die auch in Bayern immer stärker zunehmen;

- Die explodierenden Wohnungspreise in den Großstädten;
- Das „Ausbluten“ ganzer Regionen aufgrund einer verfehlten Strukturpolitik.

Für alle diese Punkte hat die SPD bereits Vorschläge vorgelegt, wie eine andere Politik aussehen müsste. Die CSU hat diese Lösungsvorschläge häufig erst verlacht und dann stümperhaft kopiert.

Das deutlichste Beispiel hierfür ist das G8. Es war Christian Ude, der als erster gefordert hat, durch eine Reform der gymnasialen Oberstufe eine Wahlmöglichkeit für Schülerinnen und Schüler zu schaffen, ob sie das Abitur nach acht oder nach neun Jahren absolvieren wollen. Damit könnte der extrem hohe Leistungsdruck im Gymnasium gemildert werden.

Die Reaktion der CSU auf diesen Vorschlag war schallendes Gelächter. Christian Ude  
Fortsetzung auf Seite 3

## ■ Termine

06.11.	20:00	Distrikt Innenstadt: Sitzung	Orpheus	S. 14
07.11.	20:00	AsF: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
10.11.	10:00	Tagesseminar Linkes Forum Mittelfranken	DGB-Haus	S. 9
11.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 15
13.11.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 14
13.11.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 14
14.11.	20:00	Distrikt Süd: Sitzung	Biergarten Röthelheim	S. 14
20.11.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 13
21.11.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 16
21.11.	20:00	Arbeitskreis Internationales und Frieden	August-Bebel-Haus	S. 7
25.11.	11:00	Ehrungsveranstaltung	Turnerbund	S. 3
27.11.	20:00	Distrikt Frauenaaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaaurach	S. 13
28.11.	19:00	Distrikt West: Besuch der Lebenshilfe	Lebenshilfe Bruck	S. 16
28.11.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 7
30.11.	17:00	Projektgruppe Integration und Bildung	August-Bebel-Haus	S. 7
30.11.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 11
04.12.	18:00	Projektgruppe Kultur	August-Bebel-Haus	S. 7
04.12.	20:00	Projektgruppe Soziales	August-Bebel-Haus	S. 7
11.12.	19:00	Distrikt Frauenaaurach: Weihnachtsfeier	TSV Frauenaaurach	S. 13

### Kontakt

**Kreisverband Erlangen-Stadt**  
 Vorsitzender: Dieter Rosner  
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner  
 Friedrich-List-Straße 5,  
 91054 Erlangen  
 Telefon: 09131-8126522  
 Fax: 09131-8126513  
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de  
 Internet: www.spd-erlangen.de  
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,  
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

#### Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12.00 Uhr  
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr  
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr  
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr  
 Freitag geschlossen

**SPD-Stadtratsfraktion Erlangen**  
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik  
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen  
 Telefon: 09131-86-2225  
 Fax: 09131-86-2181  
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de  
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

#### Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12.00 Uhr  
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr  
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr  
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr  
 Freitag geschlossen

### Impressum

**Herausgeber**  
 SPD-Kreisverband Erlangen  
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

**Presserechtliche Verantwortung und Leitung**  
 Philipp Dees  
 Lichtenfelser Weg 6  
 91056 Erlangen  
 Telefon: 09131-483791  
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

**Mitarbeit:** Lars Thomsen

**Druck:** Gutenberg Druck und Medien,  
 Uttenreuth

**Auflage:** 700 Stück

tian Udes Vorschlag sei fern der Realität, das G8 ein Erfolgsprojekt. Wenige Monate später dann – wie so oft – die Kehrtwende der CSU: Horst Seehofer verkündete die Einführung eines „Flexibilisierungsjahres“ in der Mittelstufe. Dieser Weg ist allerdings tatsächlich vollkommen ungeeignet, die Probleme am G8 zu lösen. Denn es handelt sich faktisch um „Durchfallen light“: Anders als beim Ude-Vorschlag einer Reform der Oberstufe bleibt es grundsätzlich bei der hohen Stundenbelastung der Schülerinnen und Schüler. Das „Flexibilisierungsjahr“ räumt nur die Möglichkeit ein, an einem beliebigen Zeitpunkt das bisher Gelernte zu wiederholen und dann ein Jahr später in den normalen Ablauf des G8 zurückzukehren. Eine Wahlfreiheit zwischen acht- und neunjährigem Gymnasium oder eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler vom Leistungsdruck wird so kaum geschaffen.

Die Entwicklung beim G8 steht symptomatisch für die Politik der CSU, nicht nur, aber gerade im Bildungsbereich. Genauso „verkorst“ wie das G8 läuft der Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern, der Ausbau von Ganztagschulen – von der CSU vor wenigen Jahren noch als „Teufelszeug“ abgelehnt –, laufen die Bachelor-Master-Studiengänge an den Universitäten.

Christian Ude hat in seiner Zeit als Oberbürgermeister deutlich gemacht, dass er Probleme erfolgreich angeht: München ist die Großstadt in Bayern mit der mit Abstand am besten ausgebauten Kinderbetreuung – auch wenn wegen der hohen Nachfrage noch weiterer Ausbaubedarf besteht. Auch die anderen Kommunen mit den besten Betreuungsquoten sind übrigens sozialdemokratisch geführt, darunter der Landkreis Erlangen-Höchstadt mit Landrat Eberhard Irlinger.

In München versucht die Kommunalpolitik auch seit Jahren, den explodierenden Mietpreisen entgegenzuwirken – scheitert allerdings an einer Politik der Staatsregierung, die Wohnungsspekulation nicht unterbinden will und den sozialen Wohnungsbau faktisch nicht mehr fördert. Und gleichzeitig entschuldete sich München durch eine Finanzpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift.

Diese erfolgreiche Politik, von Christian Ude in München wie vieler anderer sozialdemokratischer KommunalpolitikerInnen in ganz Bayern, wollen wir auf der Landesebene fortsetzen. Wir sind gut aufgestellt: Auf in den Kampf!

# Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zur

## Ehrungsveranstaltung mit Verleihung der August-Bebel-Uhr und Ehrung langjähriger Mitglieder

am Sonntag, den 25. November 2012, 11.00 Uhr  
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

**Wir können in diesem Jahr für langjährige Mitgliedschaft ehren:**

### Für 60 Jahre Mitgliedschaft

Georg Dittrich  
Wilhelm Gehr  
Werner Maly

### Für 50 Jahre Mitgliedschaft

Edgar Mayer  
Dr. Helmut Pfister

### Für 40 Jahre Mitgliedschaft

Inge Aichele  
Siegfried Albrecht  
Hans-Uwe Bach  
Armin Braun  
Heinz Brunner  
Sylke Dingfelder  
Norbert Fischer  
Dr. Norbert Fuchs  
Werner Funk  
Ferdinand Geyer  
Marlis Gießle  
Hildegard Gröger  
Renate Habermeier-Straube  
Paul Hartner  
Margit Holdschick  
Margit Horn  
Georg Kirschbaum  
Marianne Kobiela  
Ingeborg Körner  
Elfriede Krauß  
Herta Marhoff  
Adolf Most  
Ludwig Mühlbauer  
Rosemarie Pfister  
Ute Preuß  
Jochen Radke  
Peter Redel

Bärbel Richter  
Lüer Rietzsch  
Walter Schweigert  
Anette Seefried  
Jürgen Sigwart  
Detlef Sondermayer  
Hannelore Stahlschmidt  
Dr. Michael Stoisiej  
Uwe Symanek  
Dagmar Telgen  
Dr. Jürgen Tendel  
Otto Vierheilig  
Manfred Wolter  
Herbert Ziegler

### Für 25 Jahre Mitgliedschaft

Renate Albrecht  
Marianne Benz  
Kurt Bruns  
Elvan Devecioglu  
Elisabeth Frank  
Sabine Sakas  
Wichert Scheu  
Birgit Sommer  
Walter Träg

### Für 10 Jahre Mitgliedschaft

Saskia Coerlin  
Andrew Cross  
Bernhard Dusch  
Raimund Erwin Habermann  
Christine Krieger  
Carsten Röthlingshöfer  
Christian Stiegler  
Nina Stürmer  
Karin Wachter

Wir freuen uns auf den gemeinsamen Vormittag mit Euch!

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

# Chancen für den Stimmkreis realistisch betrachten!

Bei der Landtagswahl 2013 besteht die reale Chance, mit Christian Ude an der Spitze den Regierungs- und Politikwechsel in Bayern einzuleiten! Der fränkischen Sozialdemokratie kommt dabei die zentrale Aufgabe zu, das große Potenzial sozialdemokratischer Wählerinnen und Wähler im Großraum Erlangen/Nürnberg/Fürth zu nutzen und damit einen wesentlichen Beitrag zu einem Erfolg der BayernSPD zu leisten. Für Erlangen heißt das Ziel, ab 2013 endlich wieder einen eigenen sozialdemokratischen Abgeordneten in den bayerischen Landtag zu entsenden. Das wird in den kommenden Monaten unsere ganze Kraft erfordern, denn das bayerische Landtagswahlssystem ist kompliziert und benachteiligt den Stimmkreis Erlangen im mittelfränkischen Wahlkreis besonders stark.

## Ein komplexes Wahlsystem

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Landtagswahl zwei Stimmen. Die erste Stimme entscheidet, wer sich im Stimmkreis als direkt gewählter Bewerber durchsetzt. Bei der Zweitstimme besteht die Möglichkeit, andere Kandidatinnen oder Kandidaten aus dem gesamten Wahlkreis Mittelfranken zu wählen; die Bewerberin oder der Bewerber aus dem eigenen Stimmkreis taucht auf dieser Wahlkreisliste nicht auf.

Setzt sich eine Bewerberin oder ein Bewerber bei der Direktwahl im Stimmkreis nicht durch, so hat sie oder er die Möglichkeit, über die Wahlkreisliste der Partei in den Landtag einzuziehen. Anders als bei der Bundestagswahl ist dabei der in der jeweiligen Partei vergebene Listenplatz von weitaus geringerer Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr, wieviele Stimmen die Kandidatinnen und Kandidaten in ihrem Stimmkreis und im gesamten Wahlkreis Mittelfranken erhalten haben.

## Bedeutung der Stimmkreisgröße

Auf Grund des bayerischen Wahlsystems bekommt die Größe der Stimmkreise eine herausragende Bedeutung. Je mehr Menschen in einem Stimmkreis leben, umso leichter ist es, mehr Erststimmen zu erlangen. Durch dieses System ist im Wahlkreis Mittelfranken der Stimmkreis Erlangen-Stadt besonders benachteiligt: Betrachtet man die Wahlkreisbevölkerung, so ist er um 20,9 Prozent kleiner

als der Durchschnitt der Stimmkreise in Mittelfranken. Lebten im mittlerweile größten Stimmkreis Fürth-Stadt 2010 153.745 Wahlberechtigte, waren es in Erlangen lediglich 101.680.

Bei der letzten Landtagswahl waren die Auswirkungen der ungleichen Stimmkreiseinteilung zu bemerken: Obwohl Wolfgang Vogel sein Stimmergebnis gegenüber der Landtagswahl 2003 um fast 1.000 Stimmen verbesserte, gelang ihm der Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag nicht. Der SPD-Bewerber aus Fürth, Horst Arnold, zog bei einem prozentual nahezu gleichen Stimmergebnis von (25,6 Prozent; Wolfgang Vogel 25,4 Prozent) ein, denn er hatte nach Erststimmen einen Vorsprung von 4.400 auf Wolfgang Vogel. Um die Erststimmenzahl von Fürth zu erreichen, hätte die SPD mit Wolfgang Vogel in Erlangen ein Ergebnis von über 33 Prozent holen müssen.

## Verbesserte Ausgangslage

Wenn es darum geht, die richtigen Strategien für die bevorstehende Wahlausinandersetzung festzulegen, ist eine

realistische Analyse der Ausgangslage unerlässlich. Sehr positiv ist dabei, dass Christian Udes Spitzenkandidatur bereits lange vor Beginn des Landtagswahlkampfes die Umfragewerte der SPD enorm verbessert hat. Landespartei und Landtagsfraktion ist es in den letzten Monaten gelungen, ihr landespolitisches Profil zu stärken. In Stadt, Land und Bund bietet die verfehlte Politik von Schwarz-Gelb vielfältige Möglichkeiten, sozialdemokratische Alternativen aufzuzeigen.

Wenn wir diese Ausgangslage in enger Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen im Landkreis Erlangen-Höchstadt nutzen, wird es uns gelingen, wieder mehr Wählerinnen und Wähler für die SPD zu mobilisieren. Unser Ziel ist, dass die Wählerinnen und Wähler im Landkreis unseren Kandidaten unterstützen, während wir in der Stadt um Zweitstimmen für Alexandra Hiersemann werben werden. Dass mit Philipp Dees der Juso-Landesvorsitzenden in Erlangen als Landtagskandidaten antritt, wird zudem das Gewinnen von Zweitstimmen in Mittelfranken erleichtern.

## Angelika Weikert wieder für den Landtag nominiert



Angelika Weikert, die seit 2008 für die SPD-Landtagsfraktion den Stimmkreis Erlangen-Stadt betreut, kandidiert erneut für den Landtag. Bei der Stimmkreis-Konferenz Nürnberg-Ost wurde sie von den Delegierten mit der sehr großen Mehrheit von 97 Prozent als Stimmkreis-Kandidatin gewählt. Der gesamte SPD-Kreisvorstand gratuliert herzlich und dankt Angelika für die gute Zusammenarbeit in Erlangen!

# SPD schickt Philipp Dees und Gisela Niclas ins Rennen um das Landtags- und Bezirkstagsmandat

Mit großer Mehrheit hat die SPD bei einer Konferenz im Stimmkreis Erlangen ihre Kandidaten für die Landtags- und Bezirkstagswahl 2013 gekürt. Philipp Dees wurde mit 92,5 Prozent als SPD-Landtagskandidat nominiert. Dees ist bayerischer Juso-Landesvorsitzender, gilt als ausgewiesener Energieexperte und arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Erlangen.

95 Prozent der Delegierten votierten für die amtierende Bezirksrätin, Stadträtin und Sozialexpertin Gisela Niclas als SPD-Bezirkstagskandidatin. Die ehemalige Bürgermeisterin und Sozialreferentin der Stadt Erlangen bringt ein hohes Maß an Engagement für soziale Fragen und einen großen Bekanntheitsgrad in Erlangen in den anstehenden Wahlkampf ein.

„Ich freue mich über das tolle Ergebnis für beide Kandidaten“, so SPD-Kreisvorsitzender Dieter Rosner. „Das ist ein Auftakt nach Maß: Wir gehen bestens aufgestellt und hoch motiviert in die anstehenden Wahlen. Wir werden kämpfen für eine sozialdemokratisch geführte Mehrheit im Land wie im Bund. Und wir werden diesen Schwung dann nutzen, um auch in Erlangen die Mehrheit zu erringen und wieder den Oberbürgermeister zu stellen.“

## Bayern braucht eine andere Politik!

In kurzen Vorstellungsreden hatten beide Kandidaten ihre Schwerpunkte skizziert. Diese liegen bei Dees unter anderem in der Bildungs- und Energiepolitik.

„Wir erleben gerade wieder“, so Dees, „wie Schwarze und Gelbe versuchen, das Projekt der Energiewende kaputtzureden, wie versucht wird, mit falschen und verkürzten Argumenten Stimmung zu machen, um den gefassten Beschluss ‚umzudrehen‘. Wir werden als Land, gemeinsam mit den Kommunen und den aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die Energiewende gestalten. Wir werden die planungsrechtlichen Grundlagen genauso legen, wie wir Projekte zur dezentralen Energieerzeugung in den Kommunen fördern werden und die

Forschung vor allem zu Speichertechnologien ausbauen werden. Damit wird uns die Energiewende gelingen – mit bezahlbaren Strompreisen.“

Auch beim Thema Bildungspolitik sieht Dees dringenden Handlungsbedarf: „Das Land kann vor allem bei der Bildung gegensteuern: Deshalb ist ein Reform des G8, ist vor allem die langfristige Überwindung des gegliederten Schulsystems durch die Gemeinschafts-



Philipp Dees (2. von rechts) und Gisela Niclas (2. von links) mit Dieter Rosner und Sandra Radue (Bild: Rolf Schowalter)

schule ein zentrales Ziel, für das ich kämpfe. Genauso wie eine Reform der Bachelor-Master-Studiengänge und die Abschaffung der Studiengebühren es Studierenden ermöglichen muss, sich wieder Bildung anzueignen – und nicht nur lebenslaufoptimierende Ausbildungsinhalte. Die SPD hat dafür die notwendigen Ideen vorgelegt.“

Scharf kritisierte Dees aktuelle Äußerungen von CSU-Innenminister Herrmann: „Wir erleben wieder einmal, wie die Diskussion um Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber eskaliert wird. Wie sie angeheizt wird gerade von Politikerinnen und Politikern der CSU, die über ‚Asylmissbrauch‘, ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ und anderes schwadronieren. Wie Flüchtlinge in überfüllten Unterkünften, selbst in Zelten untergebracht werden, damit sie sich so wenig willkommen wie möglich fühlen. Eine SPD-geführte Staatsregierung wird auch für eine andere Flüchtlings- und Asylpolitik stehen. Für eine echte Willkommenskultur, die Menschen, die aus dem Ausland kommen, nicht als

Bedrohung ansieht, sondern als Bereicherung. Und für die selbstverständlich ist, dass alle Menschen menschenwürdig behandelt werden müssen – bei der Unterbringung genauso wie beim Umgang mit Behörden wie bei der Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern. Offen aus Tradition verpflichtet uns nicht nur in Erlangen, sondern auch im Land und im Bund.“

## Neue Mehrheiten für den Bezirkstag

„Der Bezirkstag braucht andere politische Mehrheiten“, forderte Gisela Niclas in ihrer Vorstellungsrede. Ziel ist Sicherung gleicher Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung inmitten der Gesellschaft, Teilhabe von Anfang an. Gefordert ist neues Denken und Handeln, ganz gleich ob es um Frühförderung, Bildung und Schule, Mobilität, Wohnen, Leben mit Assistenz, Integration in den ersten Arbeitsmarkt oder anderes geht.

„Die Sicherung der Qualität der Eingliederungshilfe in Mittelfranken für Menschen mit Behinderung hat für uns Sozialdemokraten im Bezirkstag oberste Priorität. Sie muss berechenbar für die Betroffenen und die Einrichtungen und Dienste bleiben. Eingliederungshilfe nach Kassenlage lehnen wir ab.“

Zur finanziellen Krise der Bezirkskliniken sagte Niclas: „Wenn aus einem kommunalen Regiebetrieb ein Unternehmen gemacht und dem Vorstand unumschränkte Macht eingeräumt wird, wenn durch die Dominanz der CSU im Aufsichtsgremium ‚Verwaltungsrat‘ die demokratische Kontrolle auf Schmalspurniveau schrumpft und der Bezirkstag als politischer Souverän de facto entmachtet wird, muss man mit solchen Entwicklungen rechnen. Jetzt kommt es darauf an, die Weichen neu zu stellen. Die SPD-Fraktion erarbeitet derzeit Vorschläge für die Neufassung der Satzung des Unternehmens. Der schwierigste Part wird aber sein, für die Kliniken in Erlangen, Engelthal und Ansbach ein Konzept zu entwickeln, das nicht nur die Anforderungen nach einer nachhaltigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung erfüllt, sondern auch wirtschaftlich überlebensfähig ist.“

# 25 Jahre Städtepartnerschaft: 60plus zu Besuch in Jena

Am 3. Oktober 2012 organisierte die Stadtverwaltung Erlangen eine Reise mit 7 Bussen in unsere Partnerstadt Jena zur Feier der 25-jährigen Partnerschaft zwischen unseren Städten. Eine Gruppe von 8 Senioren, die der Arbeitsgemeinschaft 60plus angehören, unter der Leitung von Hartmut Wiechert, schloss sich dieser Reise an.

Um 8 Uhr ging es in Erlangen los, um 11 Uhr waren wir in Jena, wo wir von unseren Jenaer 60plus-Genossen herzlich willkommen geheißen wurden. Da wir uns etwas verspätet



hatten, sind alle Teilnehmer sofort in die Stadtkirche St. Michael zur Auftaktfeierlichkeit gegangen. Die renovierte Kirche bot einen wunderbaren Rahmen für diese Veranstaltung. Zuerst sang der Chor der Jenenser, dann sprach der Stadtpfarrer. Im Anschluss daran erläuterte der Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter (SPD) wie es überhaupt noch zu DDR-Zeiten zu dieser Partnerschaft kam, anschließend würdigte der Erlanger OB Dr. Siegfried Balleis (CSU) viele Personen, ohne die die Partnerschaft nie zustan-

de gekommen wäre. Zum Schluss sangen noch die Erlanger und Jenenser Chöre gemeinsam.

Anschließend setzte sich die Gruppe von 60plus von der großen Masse ab und ging mit den Jenaer 60plus-Genossen, Dr. Dietmar Stadermann und Peter Schulze ins Parteibüro. Dort trafen wir noch Helga Beyer, Dr. Jörg Vogel und Dr. Holger Schütz. Wir diskutierten lange und intensiv über die Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Besonders hervorzuheben war die verschiedene Beurteilung der Linkspartei. Wir sprachen auch darüber, wie wir uns gegenseitig im Wahlkampf helfen könnten, ohne dabei konkrete Pläne zu haben. Hartmut regte noch gemeinsame Veranstaltungen an, was aber wenig Interesse fand.

Gegen 16:30 Uhr wurde unter Leitung des Jenaer Genossen Peter Schulze, der bis zu seinem Ruhestand Planungsreferent war, das renovierte „Damenvier-

■ Von Inge Aichele

tel“ besichtigt. Dieser völlig erhalten Stadtteil aus der Gründerzeit ist kaum wiederzuerkennen und strahlte im alten neuen Glanz. Jedes Haus ist anders



gestaltet und hat seinen eigenen Charakter. Leider konnte kein Haus behindertengerecht renoviert werden, ebenso fehlten überall die dringend nötigen Aufzüge.

Von dort aus gingen wir zum Depot der Straßenbahn. Dort befand sich eine Hologramm-Ausstellung, wobei die einzelnen Partnerstädte der früheren DDR dargestellt wurden.

Mit der Straßenbahn ging es dann wieder zurück zur Innenstadt. Alle Bus-Teilnehmer fanden sich auf dem Markplatz ein und wurden vom Jenaer Oberbürgermeister Albrecht Schröter herzlich verabschiedet. Danach sagten wir zu unseren Gastgebern „Lebt Wohl“ und „bis bald mal wieder“ und bedankten uns für die Zeit, die sie mit uns verbracht hatten.

Um 19 Uhr fuhren alle Busse wieder los, so dass wir gegen 22 Uhr in Erlangen eintrafen. Ein schöner, ereignisreicher Tag, bei dem auch noch das Wetter mitgespielt hatte, ging zu Ende.



**Redaktionsschluss**  
für den nächsten Monatsspiegel  
Dezember 2012/Januar 2013  
**23. November 2012**

# Programm zur Kommunalwahl 2014: Ihr seid gefragt!

Liebe Genossinnen und Genossen, wie bereits angekündigt, starten nun die Projektgruppen zum Kommunalpolitischen Programm bzw. sind bereits gestartet.

Folgende Projektgruppe haben wir eingerichtet:

- **Energiewende und Stadtplanung:**

Ansprechpartner: Dr. Andreas Richter, Tel. 09131-501479, E-Mail: andreas.m.j.richter@web.de  
Nächster Termin: Bitte bei Andreas erfragen (erster Termin war am 30. Oktober)

- **Soziales:**

AnsprechpartnerInnen: Gisela Niclas, Tel. 09131-993398, E-Mail: Gisela.Niclas@gmx.de, Philipp Dees, Tel. 09131-483791, E-Mail: philipp.dees@gmx.de  
Erster Termin: Dienstag, 4. Dezember, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

- **Integration und Bildung:**

Ansprechpartnerin: Sandra Radue, Tel. 09131-4003764, E-Mail: sandra.radue@gmx.de  
Erster Termin: Freitag, 30. November, 17 bis 19:30 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer Untergeschoss.

- **Kultur:**

Ansprechpartnerinnen: Ursula Lanig, Tel. 09135-729983, E-Mail: uslanig@t-online.de, Gertrud Reich-Schowalter, Tel. 09131-601924, E-Mail: Gertrud.R.Schowalter@t-online.de  
Erster Termin: Dienstag, 4. Dezember, 18 bis 20 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer Untergeschoss.

- **Wirtschaft und Arbeit** wird vom bestehenden wirtschaftspolitischen Arbeitskreis abgedeckt.

Ansprechpartner: Dr. Helmut Pfister, Tel. 09131-28317, E-Mail: dr.helmut.pfister@fen-net.de

pfister@fen-net.de

Nächster Termin: Siehe Ankündigung Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis unten.

- Mit dem **frauen- und gleichstellungspolitischen Teil** des Programms befasst sich die AsF.

Ansprechpartnerin: Barbara Pfister, Tel. 09131-502481, E-Mail: barbara.pfister@fen-net.de  
Nächster Termin: Mittwoch, 7. November, 20 Uhr, August-Bebel-Haus, Sitzungszimmer Untergeschoss.

- Den Teil zur **Kommunalen Friedensarbeit und Entwicklungszusammenarbeit** bearbeitet der AK Frieden und Internationales.

Ansprechpartner: Dr. Helmut Pfister, Tel. 09131-28317, E-Mail: dr.helmut.pfister@fen-net.de  
Nächster Termin: Siehe Ankündigung Arbeitskreis Frieden und Internationales unten

## Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 21. November,  
20 Uhr, August-Bebel-  
Haus**

Nach der Diskussion aktueller Fragen und Probleme wollen wir unsere Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung fortsetzen (auf meiner Homepage [www.fen-net.de/dr.helmut.pfister](http://www.fen-net.de/dr.helmut.pfister) unter „Internationalismus reloaded“).

### Diesmal:

- Ergebnis-Thesen zu Abschnitt 1: Fakten und Prozesse, „Geschichtliche Hintergründe“ und „Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik“
- Fortsetzung der Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Innere Militarisierung“ (Rosi Pfister)

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

## Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 28. November,  
20 Uhr, August-Bebel-  
Haus**

### Themen:

- Aktuelles
- Kommunalpolitisches Programm 2014: Fortschreibung des Abschnitts „Arbeit und Wirtschaft“ des gültigen Programms von 2008.

Nachdem wir die Abschnitte „Ziele“ und „Rahmenbedingungen“ schon weitgehend überarbeitet haben, geht es diesmal vorwiegend um den Abschnitt „Forderungen und Perspektiven“, wozu wir den zuständigen Sprecher der Stadtratsfraktion, Wolfgang Vogel, eingeladen haben.

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Alle an diesen Themenbereichen interessierten GenossInnen sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen.

Das bisherige Kommunalpolitische Programm des SPD-Kreisverbandes Erlangen ist im Internet zu finden unter:

<http://www.spd-fraktion-erlangen.de/files/2012/08/kompolprog2008-2014.pdf>

Der Zeitplan sieht vor, dass die Projektgruppen ihre Vorschläge bis zum 24. März 2013 entwickeln. Anschließend werden von Ende März bis Ende April die Themen, die nicht durch eine Projektgruppe abgedeckt sind, in weiteren Programmsitzungen, zu denen alle GenossInnen herzlich eingeladen sind, erarbeitet.

Die durch eine Redaktionsgruppe dann redaktionell aufbereiteten Ergebnisse aller Projektgruppen und Programmsitzungen werden schließlich in Programmseminaren diskutiert und bearbeitet, zu denen natürlich ebenfalls alle GenossInnen herzlich eingeladen sind. Den Beschluss über unser zukünftiges Kommunalpolitisches Programm fasst dann eine KMV.

Mit solidarischen Grüßen  
Dr. Andreas Richter  
Referent für Schulung und Arbeitskreise

# Verteilungsgerechtigkeit muss ein zentrales Wahlkampfthema sein!

Verteilungsgerechtigkeit muss für die SPD ein zentrales Thema in den anstehenden Wahlkämpfen sein. Der vom Bundessozialministerium entworfene Armuts- und Reichtumsbericht birgt ebenso wie der von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegte Bericht zur sozialen Lage dramatisches Zahlenmaterial: Deutlich wird, dass der private Reichtum in den vergangenen Jahren massiv zugenommen hat. Sichtbar wird aber auch, dass Reichtum immer ungleicher verteilt ist und dass die private und die öffentliche Armut zunehmen.

## Reichtum und Armut

Das Vermögen (Immobilien, Geld, Wertpapiere und Betriebsrenten) in Deutschland hat sich seit 1992 mehr als verdoppelt. Es liegt heute bei 10 Billionen Euro. Dieser Reichtum ist jedoch immer ungleicher verteilt: Die obersten zehn Prozent der Haushalte verfügen über mehr als die Hälfte des Privatvermögens. Die untere Hälfte der Haushalte besitzt hingegen nicht mehr als ein Prozent des Vermögens.

Immer mehr Menschen sind arm: Lag die Armutsgefährdungsquote in Bayern 2009 noch bei 11,1 Prozent, ist sie 2010 auf 13,8 Prozent gestiegen. Nicht zuletzt alte Menschen sind stark betroffen: So ist in Bayern mittlerweile jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut gefährdet; der Anteil bei alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent. Auch Arbeit schützt häufig nicht mehr vor Armut: 40 Prozent der Beschäftigten haben in den vergangenen Jahren Lohnverluste erlitten. Mittlerweile arbeitet fast jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich.

## Staatsschulden als Verteilungsproblem

Die Kehrseite von privatem Reichtum ist auch öffentliche Armut. Während die privaten Vermögen anwachsen, übersteigen beim Staat mittlerweile die Schulden die Vermögenswerte. Die Steuerentlastungen der vergangenen Jahre, von denen vor allem hohe Einkommen profitiert haben, und die

Finanzkrise, bei der die Steuerzahler für die Folgen unzureichend regulierter Finanzmärkte gerade stehen müssen, haben diese Entwicklung dramatisch verschärft.

## Sozialdemokratische Alternativen

Wir brauchen wieder mehr soziale Balance in Bayern und in Deutschland. Denn nur soziale Balance und soziale Gerechtigkeit sichern langfristig unsere Demokratie. Es ist deshalb richtig, dass sich die SPD für die Besteuerung von Vermögen und eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte einsetzt. Zentrale Forderung bleibt zudem die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die verstärkte Einbeziehung von Arbeitsverhältnissen in Tarifverträge. Denn gute Erwerbsbiographien sind der beste Schutz vor Altersarmut. Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist zudem ein Querschnittsthema, das sich durch zahlreiche Politikfelder zieht

■ **Von Angelika Weikert MdL**  
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



(z.B. Energiewende, Rentendiskussion etc.).

Für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen ist nicht zuletzt auch ein „Länderthema“. Als Ländersteuer kann insbesondere die Vermögenssteuer dabei helfen, neue Gestaltungsräume für die Politik in Bayern zu eröffnen: Beispielsweise für eine Bildungspolitik, die Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen in den Mittelpunkt stellt, und damit einen wesentlichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leistet. Ein wichtiges Thema ist aber auch mehr Steuerehrlichkeit: Bislang leistet sich Bayern Milliardenausfälle bei den Steuern, da die Finanzverwaltung personell chronisch unterbesetzt ist. Das muss sich dringend ändern!

## Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im November Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 03.11. Ruth Sych  
79 Jahre
- 04.11. Herbert Hummich  
75 Jahre
- 08.11. Christine Bauer  
60 Jahre
- 08.11. Rosemarie Pfister  
79 Jahre
- 08.11. Grete Höfer  
89 Jahre
- 10.11. Margit Holdschick  
73 Jahre
- 19.11. Anton Neubauer  
73 Jahre
- 22.11. Lutz Reyher  
85 Jahre



- 25.11. Dagmar Paliwal  
70 Jahre
- 27.11. Friedrich Schrenk  
71 Jahre
- 28.11. Erich-Herbert Mondon  
73 Jahre
- 30.11. Harald Straube  
89 Jahre

# Nebeneinkünfte: Veröffentlichung auf Euro und Cent!

Liebe Genossinnen und Genossen, in der letzten Sitzungswoche im Oktober hat die Koalition in der Rechtsstellungskommission des Deutschen Bundestages ihr Modell zur Veröffentlichung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten gegen die Stimmen von SPD, Bündnisgrünen und Linken durchgesetzt. Wann die neue Regelung in Kraft tritt, ist noch nicht klar, da der Bundestag hierbei noch vor intensiven Diskussionen steht.

Bisher sind Einkünfte aus Nebentätigkeiten – z.B. aus Aufsichtsratsmandaten, Redner- oder Anwaltshonoraren – in drei Stufen zu veröffentlichen: Die Stufe 1 reicht von 1.000 bis 3.500 Euro, Stufe zwei bis 7.000 Euro und Stufe 3 über 7.000 Euro. Künftig soll es zehn Stufen bis zu einer Maximalhöhe von 250.000 Euro geben.

Die SPD fordert nach wie vor eine Veröffentlichung auf Euro und Cent und wird dies auch in den weiteren Beratungen im Bundestag verfolgen.

Ich persönlich bin für größtmögliche Transparenz bei Nebentätigkeiten und beziehe aus meinen ehrenamtlichen Nebentätigkeiten, z.B. als Kuratoriums-

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**  
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



vorsitzende des Deutschen Müttergenesungswerks oder als Vorsitzende des Deutschen Hospizverbandes, keine Einkünfte. Als Kreisrätin im Landkreis Fürth bekomme ich die jedem und jeder Kollegin zustehende Aufwandsentschädigung von 90 Euro im Monat.

Wenn mich Verbände in Sachen Kinderpolitik und Kinderrechte als Gastrednerin einladen, dann spreche ich dort selbstverständlich ohne Honorar. Solange ich aktiv ein Mandat ausübe, habe ich dafür nichts zu verlangen.

Ich hoffe sehr, dass die Transparenzregeln bald befriedigend gelöst werden, damit wir uns im Bundestag wieder mit der Lösung der drängenden Sachthemen widmen können.

Mit herzlichen Grüßen  
Eure Marlene Rupprecht, MdB

# Handeln statt hetzen!

Die in den vergangenen Monaten stark ansteigenden Flüchtlingszahlen bringen die Zentralen Aufnahmeeinrichtungen (ZAE) in Bayern an die Belastungsgrenze. Da die Kapazitäten nicht ausreichen, müssen die Menschen in der ZAE Zirndorf mittlerweile in Gebetsräumen, Garagen und Zelten untergebracht werden. Doch statt zu handeln, schürt die CSU Angst vor „Asylmissbrauch“.

Bereits Ende des vergangenen Jahres war die ZAE Zirndorf maßlos überlastet – die Forderungen der SPD nach verbesserter personeller Ausstattung der Einrichtung und Schaffung einer dritten Aufnahmeeinrichtung in Bayern verhallten jedoch ungehört. In den letzten Wochen hat sich die Situation in Zirndorf trotz der Eröffnung von zahlreichen Gemeinschaftsunterkünften durch die Regierung von Mittelfranken weiter verschärft.

Obwohl die Flüchtlingszahlen weit unter denen der 90er Jahre liegen (1992: 438.000 Asylanträge; 2011: 46.000 Asyl-

■ **Von Angelika Weikert MdL**  
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



anträge) schürt die CSU um die Innenminister Friedrich und Herrmann Angst vor einem massenhaften „Asylmissbrauch“. Das Recht auf ein gründliches individuelles Asylverfahren wird in Frage gestellt; die vielschichtigen Gründe, die derzeit insbesondere Sinti und Roma zur Flucht aus südosteuropäischen Ländern bewegen, werden ignoriert.

Die Menschen, die bei uns Schutz suchen, haben das Recht auf eine würdige Behandlung. Ein kleiner Erfolg ist es, dass ich einen fraktionsübergreifenden Apell aller Sozialpolitiker im Landtag initiieren konnte, mit dem Innenminister Herrmann zur Aufstockung des Personals in Zirndorf aufgefordert wird. Zentrale Forderung für die SPD bleibt aber die Schaffung einer dritten Aufnahmeeinrichtung.

# Nein zur neoliberalen Krisenpolitik!

Wege in ein solidarisches und demokratisches Europa.

**Seminar des Linken Forums Mittelfranken am 10. November, 10 bis 17 Uhr, DGB-Haus Erlangen (Friedrichstraße 7)**

Das europäische Projekt steckt in einer tiefen politischen und ökonomischen Krise. Die im Zuge der Finanzkrise bereits überwunden geglaubte Kürzungsideologie der 80er Jahre erlebt eine verschärfte Neuauflage. Der von einer großen politischen Mehrheit im Bundestag beschlossene Fiskalpakt droht die ökonomische und soziale Krise mit unabsehbaren Folgen weiter zu verschärfen und demokratische Institutionen weiter auszuhöhlen. Es wird deshalb Zeit, in der SPD glaubwürdige Alternativen für ein soziales und demokratisches Europa zu entwickeln. Dazu laden wir mit unserem Tagesseminar alle Interessierten herzlich ein.

## Seminarinhalte

- Impulsreferate zu den Themen „Wege in ein solidarisches und demokratisches Europa“ und zu den europapolitischen Positionen der SPD.
- Diskussionsforen zu den Themen:
  - Legitimations- und Demokratiedefizite der EU
  - Ökonomische Analyse und soziale Konsequenzen
  - Europa in der Welt

## Anmeldung

Um besser planen zu können, bitten wir um Anmeldung zum Seminar bis zum 5. November 2012!

Die Anmeldung erfolgt unter folgendem Link: <http://goo.gl/wntVv> (Groß- und Kleinschreibung beachten!)

## Was ist das Linke Forum Mittelfranken?

Wir vernetzen uns, um Alternativen zum angeblich alternativlosen Sozialabbau und zur militärisch geprägten Außenpolitik zu diskutieren und um Perspektiven für sozialdemokratische Politik zu entwickeln.

## Kontakt:

- Christofer Zwanzig, christofer@zwanzig-online.de
- Helmut Pfister, dr.helmut.pfister@fen-net.de
- <http://www.facebook.com/LinkesForumMittelfranken>

# „Sozialdemokratische Rentenpolitik“

Dieser Text entstand im Zusammenhang mit einer Diskussion zum Thema im Oktober im Distrikt West. Veränderungen im Rentensystem haben oft große Auswirkungen auf den finanziellen Aufwand. Von daher gesehen liegt ein Schwerpunkt darauf, strukturelle Entwicklungen zu beschreiben und Stellenschrauben zur Veränderung aufzuzeigen. Als zentrales Problem wird das stetige Anwachsen der Zahl der Rentenbezieher mit niedrigen Renten angesehen.

## Rahmenbedingungen

- Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt längerfristig kontinuierlich sehr deutlich ab, bis 2060 um ein Drittel. Parallel nimmt die Zahl der Rentenbezieher kräftig zu.
- Die bisherige Rentenversicherung wird durch Anteile des Lohneinkommens (gegenwärtig knapp 20 Prozent) finanziert. Gleiches gilt für die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung, insgesamt rund 40 Prozent. Ein deutlicher Anstieg im Gefolge der Alterung der Gesellschaft könnte irgendwann zu Akzeptanzproblemen bei den Erwerbstätigen führen („ich schufte und was verbleibt bei mir? Alles für die Alten?“).
- Lohnkosten sind relevant für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft; eine gute Wettbewerbsfähigkeit erhöht die Chancen der Gewerkschaften, Interessen ihrer Mitglieder in der Tarifauseinandersetzung durchzusetzen.

## Lösungen

- Überlegungen zur Finanzierung durch eine Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze (Beitragsberechnung ausgehend vom vollen Einkommen) kollidieren mit dem sogenannten „Äquivalenzprinzip“, nämlich dass zwischen Beiträgen und Leistungshöhe eine Beziehung bestehen muss.
- Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass es noch andere Wege der Finanzierung von Sozialleistungen gibt: Die Finanzierung durch Lohn- bzw. Einkommenssteuer (die gibt es auch – oft wenig bemerkt – schon lange bei uns; z. B. finanziert der Bund über ein Drittel der Kosten für Renten). Dieser Weg ist im Prinzip auch „gerechter“, da hier die individuelle Leistungsfähigkeit ohne Be-

grenzung nach oben ausschlaggebend ist. Z.B. statt 46 Prozent Einkommensteuerhöchstsatze ca. 60 Prozent mit Rentenfinanzierung (Bsp. Dänemark).

## Zur Rentenhöhe:

- Alterseinkommen differieren teilweise sehr stark. 2030 könnte es sein, dass fast ein Drittel der Renten nahe dem Existenzminimum liegen. Und umgekehrt: Es gibt Studien über das insgesamt verfügbare Einkommen in Rentnerhaushalten, die ein sehr positives Bild zeichnen. Viele gut ausgebildete und beruflich erfolgreiche Erwerbstätige mit vergleichsweise hohem Renteneinkommen sind in der Lage, darüber hinaus im Lebensverlauf erhebliche Rücklagen zu bilden und daraus regelmäßig Einkünfte zu erzielen sowie Wohneigentum zu erwerben (keine Mietkosten mehr). Oft verdoppelt sich dadurch das verfügbare Einkommen.
- Alle Versuche, die Rentenhöhe im Niedriglohnbereich durch zusätzliche individuelle Vorsorge (z.B. „Riester“ oder „betriebliche Modelle der Alterssicherung“ positiv zu beeinflussen, sind zum Scheitern verurteilt, da Bezieher eher niedriger Löhne keine realen finanziellen Spielräume für zusätzliche Vorsorge haben.

## Woraus resultieren niedrige Renten?

- Aus geringer Qualifikation resultieren oft Einfachjobs, die mit Minijobs (ohne Rentenversicherung) konkurrieren. Diese sind also nur voll wettbewerbsfähig, wenn ihre Lohnkosten (einschl. Rentenversicherung) nicht höher sind als die Lohnkosten bei Minijobs.
- Phasen der Arbeitslosigkeit reduzieren unmittelbar die Zahl der Versicherungsjahre und damit die Rentenhöhe. Früher zahlte die BA selbstverständlich Beiträge; das wurde in den neunziger Jahren abgeschafft.
- Bei zeitweiser beruflicher Selbständigkeit werden oft keine Beiträge gezahlt.
- Beiträge werden in Abhängigkeit von der Lohnhöhe gezahlt, entsprechend entstehen deutlich geringere Anwartschaften bei Teilzeitarbeit.
- Dies ist oft auch bei Müttern der Fall. Der bestehende Ausgleich für Zeiten der Kinderbetreuung reicht nicht aus.
- Die Dauer von Ehen hat durchschnittlich deutlich abgenommen; der damit

## ■ Von Gerd Peters

Vorsitzender des Distrikts West



seit den siebziger Jahren verbundene Rentenausgleich im Falle von Scheidung verliert zunehmend an Gewicht.

## Problemlösungen über staatliche Zuschüsse:

- Bei den Staatsfinanzen gibt es selten Überschusssituationen; in der Regel konkurrieren unterschiedliche Verwendungsideen (alternative Verwendung z. B. für schulische, berufliche und universitäre Bildung). Dem müssen sich auch zusätzliche Aufwendungen für Renten, die nur schwerlich über eine weitere Anhebung der Beitragssätze über das langfristig ins Auge gefasste Niveau von 22 Prozent finanziert werden können, stellen.
- Bei eher knappen staatlichen Ressourcen stellt sich die Frage, was prioritär ist: eine gleichmäßige prozentuale Anhebung aller Renten oder eine Konzentration auf strukturelle Verbesserung im unteren Rentenbereich?
- Ohne in Konflikt mit der derzeitigen Rentenformel zu geraten, könnte man
  - Zeiten der Kindererziehung sehr viel stärker gewichten;
  - Während der Arbeitslosigkeit Beiträge durch die BA zahlen;
  - eine Rentenversicherungspflicht für Selbständige einführen;
  - zertifizierte berufliche Weiterbildung (nicht betriebliche Weiterbildung) mit „Versicherungspunkten“ fördern;
  - Eine Mindestrente aus staatlichen Zuschüssen finanzieren.
- Und schließlich:
  - Ein flächendeckender Mindestlohn müsste so hoch sein, dass bei üblicher Erwerbstätigkeit eine Rente oberhalb von Sozialhilfe entsteht.
  - Versicherungsjahre aus Zeiten ohne allgemeine Mindestlohnregelungen mit Niedrigeinkommen bei Vollzeitbeschäftigung könnten – sofern ein allgemeiner Mindestlohn kommt – aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit fiktiv auf das Mindestlohnniveau aufgestockt werden.

# Einige Fakten und Daten

**Zu den von interessierter Seite geführten Kampagnen über angeblich unvermeidbare, erhebliche Strompreissteigerungen und über drohende „Black-outs“ wegen fehlender Großkraftwerke**

Sie schüren Ängste und Widerstände vor bzw. gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien in breiten Schichten der Bevölkerung. Dabei sind die angeblichen gewaltigen Strompreissteigerungen von 30 Prozent bis 2022 z.B. durch das DIW widerlegt bzw. wurden und werden durch die Preismacht der Stromkonzerne erst produziert.

Nicht erwähnt werden in den Strompreis-Horrorszenarien u.a.:

- Der Vergleich mit der allgemeinen Inflationsrate (ca. 22 Prozent in 10 Jahren),
- die vermiedenen Kosten für die durch erneuerbare Energie ersetzten atomaren und fossilen Energieträger (mit den zu erwartenden Preissteigerungen),
- die möglichen Kosteneinsparungen durch Maßnahmen der Energiewende bei Stromverbrauch und -umwandlung,
- die zusätzliche Belastung der privaten Haushalte durch die Ökosteuerbefreiungen industrieller Großverbraucher und bei der Berechnung der EEG-Umlage, von den indirekten Kostenbelastungen der Allgemeinheit durch die ökologischen Folgen des gegenwärtigen Energiewirtschaftssystems gar nicht zu sprechen.

Ebenso bleiben Stromverbrauchssenkungen und Effizienzsteigerungen bei der Energieumwandlung bei der durch die Energiewende angeblich gefährdeten Versorgungssicherheit außer Betracht.

Im Übrigen: Die gleichen Großkonzerne, die sich mit längst abgeschriebenen Kernkraftwerken eine goldene Nase verdient hatten, weigern sich jetzt, ohne staatliche Subventionen evtl. notwendige Spitzenlast-Gaskraftwerke zu errichten.

## Entwicklung der Stromgestehungskosten (UBA):

- 2010/11: Photovoltaik -44 Prozent, Onshore-Windenergie -7 Prozent, Kohlestrom: +9 Prozent
- 2030: EE-Strom ca. 7,6 ct/kWh, Strom aus neuen Gas- und Kohlekraftwerken über 9 ct/kWh.

## Stromgestehungskosten vs. Strompreis:

- Selbst bei 80 Prozent Ökostromanteil 2050: Stromgestehungskosten nur 10 Prozent höher als 2010 (VDE).
- Strompreiserhöhungen von durchschnittlich 6,75 Prozent pro Jahr, verursacht durch das „Geschäftsmodell“ des deutschen Strommarkts
- Strompreise seit 2005: Für die Industrie etwa 0 Prozent, für die privaten Haushalte +44 Prozent (FR)

Bild: Petra Bork/pixelio.de



## Strompreise und Erneuerbare Energien:

- Seit 2002: Strompreise +10 ct/kWh, Kosten für EE-Ausbau +3 ct/kWh (BDEW, BUND)
- Einige hundert Firmen (2011: 730) verbrauchen rd 18 Prozent des deutschen Stromes, zahlen aber nur 0,3 Prozent der EE-Umlage (Bundesnetzagentur, BUND)
- Begünstigungs- und Umverteilungswirkung 2011 rd 2,2 Mrd Euro, 2012 2,5-2,6 Mrd Euro, dadurch Erhöhung der EEG-Umlage für die nicht-privilegierten Stromverbraucher (Privathaushalte und Mittelstand) um ca. 21 Prozent (BMU)
- Ohne diese Privilegierung: EE-Umlage 2012 2,39 ct/kWh statt aktuell 3,592 ct/kWh (BMU)
- Entlastung der deutschen Industrie durch Befreiung von Stromabgaben 2012 in Mrd Euro (SZ): Ökosteuer 5,1 – EEG-Umlage 2,3 – Gratis-Klimarechte 1,4 – Netzentgelt 0,3 – KWK-Umlage 0,03
- Strom-Mehrkosten durch Strompreisentlastung der Industrie für durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt: 36 Euro (2012), 57 Euro (2013)

## ■ Von Dr. Helmut Pfister



(Forum Ökologisch-soziale Marktwirtschaft, SZ)

- Zuwachs der EE senken den Börsenstrompreis – in den letzten Jahren um jeweils mindestens 0,5 ct/kWh (BMU). Dies wird nicht an Verbraucher weitergegeben
- Begünstigung der Offshore-Windkraft: Onshore-Anlagen bekommen um Faktor 2 geringere Vergütung und müssen Netzanschluss und Haftung für Übertragungsprobleme selbst tragen (Telepolis)

Prognosen: „Lernkurveneffekte“ bei Erneuerbaren Energien: bis 2050 Investitionskosten für PV -75 Prozent, Offshore-Windenergieanlagen -50 Prozent (UBA)

Und nur ein Beispiel für die verschwiegenen Kosten: Umweltkosten der Stromerzeugung aus Braunkohle rd. 11 ct/kWh, Stromgestehungskosten Onshore-Windkraft rd. 7,5 ct/kWh (UBA).

## Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

## Diskussionsabend am Freitag, 30. November, 20 Uhr, Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstraße 25, Nebenzimmer

Themen neben Aktuellem vor allem: Ergebnisse des Bundesparteikonvents, insbesondere zur Rentenfrage, inhaltliche Vorbereitung der anstehenden Wahlkämpfe.

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

# Benefizkonzert zugunsten von Sozialprojekten in Armenien

## Freitag, 23. November 2012, 19 Uhr, Herz-Jesu-Kirche, Erlangen, Kath. Kirchenplatz 8

Die gefeierte armenische Sopranistin Hrachuhí Bassénz von der Staatsoper Nürnberg präsentiert im Rahmen eines Benefizkonzerts Arien und armenische Lieder.

Frau Bassénz, vielfach national und international ausgezeichnete Sängerin, ist seit der Spielzeit 2008/2009 festes Ensemblemitglied im Staatstheater Nürnberg. Sie wurde in Yerevan (armenische Hauptstadt) geboren und ist nach wie vor ihrem Land sehr verbunden.

Sie wird begleitet von ihrem Ehemann, dem Bariton Gor Harutyunyan (Mitglied

des Opernchors der Staatsoper), und der Pianistin Anahit Ter-Tatshatyan am Flügel.



Die Schirmherrschaft für dieses Benefizkonzert hat der Erlanger Alt-Oberbürgermeister Dr. Dietmar Hahlweg übernommen.

Der Eintritt ist frei. Um Spenden wird gebeten.

Der Reinerlös kommt Sozialprojekten für Kinder und Jugendliche im nordarmenischen Vanadsor zugute. Der Erlanger Verein Hajastan e.V. fördert dort u.a. ein Waisenhaus, in dem seit einigen Jahren eine kleine Ausbildungswerkstatt betrieben werden kann, und die kinderklinische Abteilung im dortigen Medizinzentrum, in der mit tatkräftiger Unterstützung von „Sternstunden“ eine Küche zur Versorgung der kleinen Patienten eingerichtet werden konnte.

Veranstalter: Hajastan e.V. Erlangen  
Bei Rückfragen: Wolfgang Vogel – Tel. 09131/28240



Rebecca Friedrich  
Serviceberaterin in der  
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

## direkt GIRO

Das kostenlose\* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



Sicher. Stabil. Verlässlich.

\*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter [www.sparkasse-erlangen.de](http://www.sparkasse-erlangen.de)

Liebe Genossinnen und Genossen,  
unser nächstes Distriktstreffen ist am

## Dienstag, 20. November, 19 Uhr im Schützenhaus

Liebe Distriktsmitglieder,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer  
nächsten

## Distriktsversammlung am Dienstag, 27. November, 20 Uhr, Sportgaststät- te des TSV Frauenaaurach

Bereits um 19 Uhr treffen sich alle, die  
vor unserer Versammlung etwas essen  
möchten.

### Tagesordnung:

1. MzK
2. Zukunft unseres Distrikts
3. Berichte vom Stadtrat, Ortsbeirat,  
etc.
4. Termine
5. Verschiedenes

Vorankündigung: Unsere Weihnachts-  
feier findet am Dienstag, den 11. De-  
zember 2012, um 19 Uhr in der Sport-  
gaststätte des TSV Frauenaaurach statt.  
Gerne kannst du auch deinen Partner  
oder deine Partnerin mitbringen. Sie  
sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Für den Vorstand  
Elizabeth Rossiter

## Protokoll der letzten Sit- zung vom 23. Oktober

### Top 1: Mitteilungen zur Kenntnis

Letzte Ortsbeiratssitzung: Es wird eine  
weitere Umgehungsstraße in südli-  
cher Richtung Neuses/Herzogenaurach  
(Schaeffler) geplant.

### Top 2: Gewerbegebiet Geisberg – Bericht von der UVPA-Sitzung am 16. Oktober

- Elizabeth legt einen Plan vor: Das Ge-  
werbegebiet wird (vom Geisberg in

### Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand  
Manfred Jelden

Richtung Steudach gesehen) rechts  
vom bisherigen Spazierweg nach  
Steudach liegen (Anschluss an Horn-  
bach, Coca Cola, Siemens).

- Das Gewerbegebiet wird für kleines  
und mittleres Gewerbe geplant; au-  
ßen vor bleiben Einzelhandel, Bor-  
dellbetriebe, Spielhallen, Logistikfir-  
men.
- Nächsten Donnerstag tagt der Stadt-  
rat wieder dazu: Geplant ist die  
Durchführung eines Umlageverfah-  
rens
- Problematisch ist die geplante Zu-  
fahrt über die Niederndorfer Straße;  
die SPD zieht eine Lösung über die  
Frauenaauracher Straße vor.
- Lärmschutzmaßnahmen Richtung  
Geisbergsiedlung werden geplant.
- Dem Stadtrat werden verschiedene  
Varianten zur Entscheidung vorge-  
legt werden.

### Top 3: Planung der Distriktsaktivitäten im Wahljahr 2013

- M. Stamm-Fiebig und P. Dees sollen  
im Distrikt auftreten.
- Walter und Elizabeth sprechen sie  
an und stellen die Ideen auf der  
nächsten Distriktsversammlung  
vor.

### Top 4: Verschiedenes

- Zum Thema Ewigkeitsgräber wur-  
de vom Ortsbeirat Kriegenbrunn ein  
Rechtsanwalt beantragt.
- Die Schleusen in Erlangen und Krie-  
genbrunn werden komplett neu ge-  
baut werden.
- Der Bücherbus soll aus Kostengrün-  
den nicht mehr in Hüttendorf ste-  
hen.

### Top 5: Termine

- Nächste Sitzung am 27. November
- Weihnachtsfeier am 11. Dezember  
(bereits ab 19 Uhr).

Protokoll: Andrea Neckermann

## ■ Distrikt Eltersdorf

### Vorsitzender:

Manfred Jelden  
Telefon: 601333  
manfred.jelden@nefkom.net

## ■ Distrikt Frauenaaurach

### Vorsitzende:

Elizabeth Rossiter  
Telefon: 992619  
e.rossiter@web.de

## ■ Distrikt Innenstadt

**Vorsitzender:**

Michael Zimmermann  
Telefon: 699118  
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,  
unsere nächste Sitzung ist am

### **Dienstag, 6. November, 20 Uhr, „Orpheus“, Ne- benraum (Luitpold- straße 25)**

**Vorläufige Tagesordnung:**

- Vorlauf zur Landtags- und Bundes-  
tagswahl 2013 sowie zur Kommunal-  
wahl 2014
- Energiewende
- Verschiedenes

Wir freuen uns wieder auf zahlreiche  
Teilnahme!

Für den Vorstand,  
Michael Zimmermann

## ■ Distrikt Ost

**Vorsitzender:**

Christofer Zwanzig  
Telefon: 4003764  
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
hiermit laden wir Euch ein zu unserer  
nächsten

### **Distriktsitzung am Dienstag, 13. Novem- ber, 20 Uhr, Waldschänke (Lange Zeile 104)**

**Vorläufige Tagesordnung**

- TOP 1 Aktuelles
- TOP 2 Energiewende
- TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und  
dem Stadtrat

Mit solidarischen Grüßen  
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

## ■ Distrikt Süd

**Vorsitzende:**

Brigitte Rohr

**Kontakt:**

Dr. Andreas Richter  
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
der Distrikt Süd trifft sich zu seiner  
nächsten

### **Sitzung am Mittwoch, 14. Novem- ber, 20 Uhr, Biergarten am**

### **Röthelheim, Röthelheim 40c**

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung!

Mit solidarischen Grüßen  
Dr. Andreas Richter  
für den Vorstand

## ■ Distrikt Tennenlohe

**Vorsitzender:**

Rolf Schowalter  
Telefon: 601924  
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

### **Distriktsversammlung am Dienstag, 13. Novem- ber, 20 Uhr, Schlossgast- stätte**

4. Wahlen: Aufstellung und Reihung  
unserer Stadtratskandidaten/innen;  
Wahl des Vertreters/der Vertreterin  
des Distrikts für die Findungskom-  
mission
5. Einstieg in die Diskussion der Berliner  
Erklärung (Material von Gert Büttner  
per Mail zugesandt; liegt ansonsten  
dem Monatsspiegel bei)
6. Verschiedenes

**Tagesordnung:**

1. Aktuelles
2. Rededuell Gert Büttner – Hans Hau-  
er: ESM pro und contra
3. Gespräch mit Fernando Roumiguie-  
re (Chemie-Ingenieur; Wartung von  
(Kern-)Kraftwerken): Probleme der  
Energieversorgung

**Weitere Hinweise und Ankündigungen:**

- Distriktsversammlung am 12. Dezember
- Distriktsversammlung am 15. Januar
- Gansessen am 11. November, 12.00 Uhr

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

## Einladung

An alle Genossinnen und Genossen aus Tennenlohe und aus den anderen Distrikten sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten

Wir laden Euch alle recht herzlich ein zum

## Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloßgaststätte) am Sonntag, 11. November, 12 Uhr

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder E-Mail bis zum 7. November an die oben angegebene Telefonnummer bzw. E-Mail-Adresse. 24 Anmeldungen liegen bereits vor. Weitere werden gerne entgegengenommen.

Für den Vorstand  
Rolf Schowalter

## Protokoll der Distriktsitzung vom 12. Oktober

1. Aktuelles: Wir haben die aktuelle Lage nach der Nominierung Steinbrücks diskutiert. Die Attacken hat er gut pariert und wir sind optimistisch, was die Zukunftschancen betrifft. Er scheint der einzige zu sein aus der Troika, der beim Wähler ankommt und Merkel Paroli bieten kann.
2. Eine Veranstaltung zur Gesundheitsreform haben wir zugunsten einer möglichen STUB-Veranstaltung in Tennenlohe (in der Wied) vorerst auf Eis gelegt. Markus Beier wird aber gebeten, uns zunächst einmal intern über Probleme des Gesundheitssystems zu informieren. Hans wird mit Herrn Weber Kontakt aufnehmen, um herauszufinden, wann mit ersten Ergebnissen bezüglich STUB zu rechnen ist und wann eine solche Veranstaltung sinnvoll wäre. Der Leserbrief zur STUB wird kurz angesprochen. Die Veranstaltung Fraktion vor Ort soll im Frühjahr stattfinden, da ein Termin im Herbst zu kurzfristig gewesen wäre.
3. Der TB soll in der nächsten, 80. Ausgabe in Farbe erscheinen, zunächst in der üblichen Form und noch nicht

auf Glanzpapier. Eine solche Alternative soll aber geprüft werden. Das vorliegende Angebot ist für beide Varianten um einiges günstiger als die bestehenden Konditionen. Gert wird ein neues Layout-Programm testen. Evtl. soll das gesamte Layout erneuert werden. Beiträge wurden gesammelt und die Zuständigkeiten verteilt. Dadurch sollen alle aktiven Mitglieder eingebunden werden. Als Redaktionsschluss wurde der 15. November festgelegt.

4. Kurzberichte vom 2. Tennenloher Dämmer-Dinner und von der Veran-



Der Distrikt auf einer Wanderung im Fichtelgebirge im August 2012

- staltung in der „Scheune“ (Photovoltaik-Energiewende).
5. Festlegung der Termine für 2013 (Distriktversammlungen und Gansessen). In der kommenden Distriktversammlung im November wird Fernando Roumiguere, der als Chemieingenieur mit der Wartung von (Kern-)Kraftwerken befasst ist, uns besuchen und für eine Diskussion zur Verfügung stehen. Gert und Hans werden kontroverse Statements zur Realisierung des Rettungsschirms abgeben. Für Dezember hat Hannes Allabauer zugesagt, mit dem wir über Probleme der Energiewende diskutieren werden.
6. Wahlen zum Jugendparlament: Möglichkeiten der Rekrutierung werden erörtert.
7. Hinweis auf die neue Homepage mit der Bitte um Beachtung und Beurteilung im Sinne der Außenwirkung. Anregungen und Vorschläge werden dankbar entgegengenommen.
8. Für das diesjährige Gansessen haben sich bereits 24 Personen angemeldet.

Rolf und Hans

## ■ Distrikt West

### Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir möchten Euch zum Novembertreffen herzlich einladen!

Dieses Mal gibt es einen unüblichen Rahmen. Wir sind Gast in den Räumen der „Lebenshilfe“ in der Geschäftsstelle in der Goerdeler Straße 21 in Bruck. Wir treffen uns dort am

### Mittwoch, 28. November, 19 Uhr

Die Variante „Kitzinger Straße“ ließ sich nicht realisieren.

#### Tagesordnung:

1. Im Mittelpunkt steht die Information über die Arbeit der Lebenshilfe in Erlangen und zu Grunde liegende Konzepte. Stefan Müller, der Geschäftsführer der Erlanger „Lebenshilfe“

wird berichten, unsere Fragen beantworten und mit uns diskutieren.

#### 2. Verschiedenes

Nutzt die Gelegenheit, Euch über die Lebenshilfe zu informieren! Parkplätze sind vorhanden.

Im Auftrag des Vorstands

Gerd Peters

P. S. 1: Unser Jahresabschluss findet am Mittwoch, 12. Dezember ab 19.00 im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein) statt.

P. S. 2: Im Oktober diskutierten wir über „Sozialdemokratische Rentenpolitik“. 12 Genossinnen und Genossen waren anwesend. Das aus diesem Anlass von Gerd erstellte Thesenpapier findet Ihr an anderer Stelle in diesem „Monatspiegel“

## ■ AG 60plus

### Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

### Mitgliederversammlung am Mittwoch, 21. November, 15 Uhr, August-Bebel- Haus

#### Tagesordnung:

- Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung des Protokolls
- Aktuelles

- Die neue Renten-Diskussion
- Rückschau des Begegnungstags mit den 60plus-Genossen aus Jena
- Vorplanung der von uns zu gestalteten Kreismitgliederversammlung
- Verschiedenes

Hauptthema unseres nächsten Treffens wird die SPD-interne Diskussion um die Rente mit 67 sein. Was will die SPD?

Ich freue mich auf eine lebhafte Diskussion und grüße im Namen des Vorstands.

Hartmut Wiechert

## ■ AsF

### Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin

scoerlin@hotmail.com

- Gunda Gerstenmeyer

- Hildegard Gröger

Telefon: 502415

- Birgit Hartwig

Telefon: 55939

Birgit.Hartwig@web.de

- Jule Mildemberger

Telefon: 23435

- Barbara Pfister

Telefon: 502481

barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen,  
wir laden euch ein zur nächsten

### Sitzung der AsF am 7. November, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

**Thema:** Kommunalpolitisches Programm

Für den Vorstand

Gunda Gerstenmeyer